

Sie haben nichts zu verbergen? Sind Sie sicher?

In großem Stil werden durch die Verwendung von Algorithmen klammheimlich gesammelte Daten über Sie aus und prognostizieren Ihre Gesundheit, Ihre Kreditwürdigkeit oder Ihr Verhalten. In der Ausgabe 1 der c't – Magazin für Computertechnik des Heise Verlags finden sich ab S. 64 kenntnisreiche und lesenswerte Artikel zu Datenhandel, Scoring und die Auswirkungen auf das eigene Leben (kostenpflichtiger Download der Artikel über: <https://www.heise.de/ct/>).

A. Gesetzesinfos

1. Neuregelung des Schutzes von Geheimnissen bei Mitwirkung Dritter an der Berufsausübung schweigepflichtiger Personen

Am 15.02.2017 wurde der Regierungsentwurf zur Novellierung von § 203 StGB bekannt gemacht, wonach zukünftig Dienstleister (§ 11 BDSG) auch in Bereiche eingebunden werden dürfen, in denen besondere Arten personenbezogener Daten (z. B. Patientendaten) verarbeitet werden (http://www.bmjv.de/SharedDocs/Gesetzgebungsverfahren/Dokumente/ReGE_Neuregelung_Schutz_es_von_Geheimnissen_bei_Mitwirkung_Dritter_an_der_Berufsausuebung_schweigepflichtiger_Personen.pdf?__blob=publicationFile&v=2). Der Entwurf geht nun in das weitere Gesetzgebungsverfahren.

2. Ein neuer WLAN-Gesetzentwurf

Am 27.02.2017 wurde ein neuer Gesetzentwurf bekannt, der die Störerhaftung für WLAN-Betreiber abschaffen soll (<https://www.heise.de/newsticker/meldung/Neuer-WLAN-Gesetzentwurf-Mehr-Sperren-weniger-Stoererhaftung-3636382.html>).

3. Verordnungsvorschlag zum "Schutz der Privatsphäre in der elektronischen Kommunikation"

Die EU-Kommission hat einen Verordnungsvorschlag zum „Schutz der Privatsphäre in der elektronischen Kommunikation“ veröffentlicht. Dieser soll die aktuelle e-Datenschutz-Richtlinie 2002/58/EG ablösen (http://www.forum-privatheit.de/forum-privatheit-de/aktuelles/aktuelles/aktuelles_066.php).

4. Online-Inhalte grenzüberschreitend verfügbar

Die EU-Kommission hat sich auf neue Vorschriften geeinigt, damit Europäer Online-Inhalte auf Reisen grenzüberschreitend nutzen können (http://europa.eu/rapid/press-release_IP-17-225_de.htm).

5. MPG-Beauftragter mit Kontaktdaten auf Webseite

Die Novellierung von § 6 Abs. 4 MPBetreibV erfordert nunmehr die Benennung eines Medizinprodukte-Beauftragten. Name und Email-Adresse sind auf der Webseite bekannt zu machen, idealerweise im Impressumsbereich.

6. Verbraucherstreitbeilegungsgesetz

Das BMJV hat eine Broschüre für Unternehmen veröffentlicht, die über das Streitbeilegungsgesetz informiert, allerdings nicht erkennbar darauf verweist, dass auch eine angezeigte Nichtteilnahme

eine rechtskonforme Umsetzung (siehe dort § 36 VerbStreitG) darstellt (http://www.bmjbv.de/SharedDocs/Publikationen/DE/Verbraucherschlichtung.pdf?__blob=publicationFile&v=6).

7. US-Datenschutzbestimmungen gelten nur noch für US-Bürger

Der neue US-Präsident hat per Dekret (<https://www.whitehouse.gov/the-press-office/2017/01/25/presidential-executive-order-enhancing-public-safety-interior-united>) die Geltung von US-Datenschutzbestimmungen auf US-Bürger eingeschränkt. Dies führt zur Frage, ob das erst vor Kurzem abgeschlossene EU-US-Privacy-Shield-Abkommen hinfällig sein könnte. Wird mit amerikanischen Dienstleistern gearbeitet (z. B. Support mit Datenzugriff eines Herstellers von Krankenhausinformationssystemen), könnte dies zukünftig rechtswidrig sein.

B. Urteile und Beschlüsse von Gerichten

1. Microsoft muss keine Daten an US-Behörden herausgeben

Ein New Yorker Gericht urteilte, dass Microsoft keine Kundendaten an US-Strafverfolgungsbehörden herausgeben muss, die außerhalb der U.S.A. gespeichert sind (<http://www.spiegel.de/netzwelt/netzpolitik/datenschutz-microsoft-muss-daten-aus-irland-nicht-an-us-behoerden-herausgeben-a-1131642.html>).

2. Kein Schmerzensgeld wegen Persönlichkeitsrechtsverletzung für Erben

Der BGH hat mit Urteil vom 29.11.2016, Az.: VI ZR 530/15 entschieden, dass Erben von Patienten keinen Anspruch auf immaterielle Entschädigung wegen Verletzung des allgemeinen Persönlichkeitsrechts hat.

3. Schild auf Untermieter in medizinischen Einrichtungen verstößt gegen Empfehlungsverbot

Ein pauschaler Hinweis durch Aufstellen eines Schildes auf eine Untervermietung in einer medizinischen Einrichtung – hier: Verweis auf ein Sanitätshaus – verstößt gegen das Empfehlungsverbot, so der BGH mit Urteil vom 16.06.2016, Az.: I ZR 46/15.

4. Strafbarkeit wegen Verletzung des höchstpersönlichen Lebensbereichs

Der BGH hat mit Urteil vom 22.06.2016, Az.: 5 StR 198/16 die Strafbarkeit von Filmaufnahmen im geschützten räumlichen Bereich (Foto- und Filmaufnahmen in einer Wohnung, oder bei Hilflosigkeit einer Person etc.) auch dann bejaht, wenn kein Sichtschutz zu überwinden ist und eine Aufnahme zum Beispiel von der Straße aus gemacht wird.

5. Anzeigen konkurrierender Mediziner auf jameda.de rechtmäßig

Auf der Profilseite eines Arztes dürfen auf einem Ärzte-Bewertungsportal, wie Jameda, auch Anzeigen konkurrierender Mediziner gezeigt werden, so das OLG Köln mit Urteil vom 05.01.2017, Az.: 15 U 121/16.

6. Vertragsstrafe für unerwünschte Emails

Das OLG Hamm hat mit Urteil vom 25.11.2016, Az.: 9 U 66/159) 3000 € Vertragsstrafe für die unerwünschte Zusendung einer Werbe-Email – hier: unter Kaufleuten – als angemessen erachtet.

7. Informationspflicht auf Streitbelegungs-Plattform

Das OLG München hat mit Urteil vom 22.09.2016, Az.: 29 U 2498/16 die Verpflichtung eines Webseitenbetreibers festgestellt über das Bestehen der europäischen Streitbelegungs-Plattform zu informieren, auch anfänglich noch keine Streitbeilegung in Deutschland angeboten werden kann. Die Informationspflicht dient der Verbreitung dieser Möglichkeit. Ebenso ganz neu das OLG Koblenz mit Urteil vom 25.01.2017, Az.: 9 W 426/16.

8. Schmerzensgeld wegen Datenschutzverletzung

Das OLG Köln hat mit Urteil vom 30.09.2016, Az.: 20 U 83/16 einem Kläger Schmerzensgeld (und Schadensersatz) für eine ohne Rechtsgrund erfolgte Datenübermittlung zugesprochen. Weder lag eine Übermittlungsbefugnis, z. B. aus § 28 Abs. 6 BDSG noch eine Einwilligung vor.

9. EuGH-Vorlage zur Zulässigkeit des Facebook-Like-Buttons

Das OLG Düsseldorf hat mit Beschluss vom 19.01.2017, Az.: I-20 U 40/16 dem EuGH eine Reihe von Fragen zur Zulässigkeit des Like-Buttons von Facebook vorgelegt. Dabei geht es um die Frage, ob eine zulässige Datenübermittlung von Besucherdaten auf einer (Firmen-)Webseite an Facebook stattfindet.

10. 3000 € Vertragsstrafe für unerwünschte Werbe-Email

Das OLG Hamm hat mit Urteil vom 25.11.2016, Az.: 9 U 66/159 eine Vertragsstrafe in Höhe von 3000 € für das unerwünschte Zusenden einer Email-Werbung für rechtmäßig und angemessen angesehen.

11. Kein Mitbestimmungsrecht bei Email-Vertretungszugriffen

Das OVG Berlin-Brandenburg hat mit Urteil vom 29.09.2016, Az.: OVG 60 PV 10.15 bei der Einrichtung von Vertretungszugriffen auf dienstliche Email-Postfächer kein Mitbestimmungsrecht anerkannt.

12. Kündigung rechtmäßig bei nicht legitimierter Datenweitergabe

Das LAG Berlin-Brandenburg hat mit Urteil vom 01.09.2016, Az.: 10 Sa 192/16 die Kündigung einer Behörden-Mitarbeiterin für rechtmäßig erachtet, die unbefugt immer wieder Melderegisterdaten an Dritte herausgegeben hatte.

13. Kündigung wegen heimlichen Gesprächsmitschnitts

Ein vertrauliches Personalgespräch aufzunehmen (und die Aufnahme zu verwenden) rechtfertigt eine fristlose Kündigung ohne Abmahnung, unabhängig von der strafrechtlichen Bewertung, so das LAG Rheinland-Pfalz mit Urteil vom 03.02.2016, Az.: 7 Sa 220/15.

14. Einsichtsrecht in Gehaltslisten

Dem Betriebsrat steht ein Einsichtsrecht in die Gehaltslisten aller Arbeitnehmer zu, ein Anlass für die Einsichtnahme ist nicht erforderlich, so der Beschluss des ArbG Elmshorn vom 09.02.2016, Az.: 1 TaBV 43/15.

15. Kein Einsichtsrecht in Personalakte für Rechtsanwalt

Die Hinzuziehung eines Rechtsanwalts bei Einsichtnahme in die Personalakte kann vom Arbeitgeber abgelehnt werden, wenn die Anfertigung einer Kopie gestattet wird, so das ArbG Würzburg mit Urteil vom 12.07.2016, Az.: 9 AZR 791/14.

16. Vorsicht mit gescannten Dokumenten

Das VG Wiesbaden hat mit Urteil vom 28.12.2016, Az.: 6 K 332/16.WI bei einer elektronischen Aktenführung darauf hingewiesen, dass eingescannte Unterlagen nur den Wert eines Augenscheinbeweises, nicht denen eines Urkundenbeweises erfüllen. Im Rahmen der freien richterlichen Beweiswürdigung kann das dazu führen, dass Unterlagen als unrichtig, unvollständig oder verfälscht angesehen werden können. Insbesondere Dokumente, wie Zustellungsurkunden, Einlieferungsscheine, Urteile, Protokolle einer mündlichen Verhandlung etc. sollten parallel im Original archiviert werden.

17. Postfachanschrift im Impressum nicht ausreichend

Das LG Traunstein hat mit Urteil vom 22.07.2016, Az.: 1 HK O 168/16 eine Postfachanschrift in einem Impressum als nicht ausreichend angesehen.

18. Allgemeine Geschäftsbedingungen von Kindertageseinrichtungen sind zu beachten

Regelungen in Form von AGBs in KiTa's sind von den Eltern zu beachten, wenn beispielsweise Tagesabläufe verbindlich geregelt werden, so der BGH mit Urteil vom 18.02.2016, Az.: III ZR 126/15.

19. Bewertungen von Autofahrern auf Internetportal

Bewertungen von Autofahrern auf Internetportalen dürfen nicht für jedermann einsehbar sein, sondern nur noch von den Betroffenen selbst abgerufen werden. Ansonsten entsteht eine Prangerwirkung, so das VG Köln mit Urteil vom 16.02.2017, Az.: 13 K 6093/15.

C. DSGVO - Datenschutzgrundverordnung

1. Datenschutz-Anpassungs- und -Umsetzungsgesetz EU –DSAnpUG-EU

Das Bundeskabinett hat das DSAnpUG-EU zur Anpassung und Ausfüllung der Öffnungsklauseln der DSGVO verabschiedet, das schon am 08.03.2017 den Bundesrat erreichen soll (<http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2017/02/datenschutzgrundverordnung.html>). Der Entwurf erntete bei den Deutschen Aufsichtsbehörden erhebliche Kritik (<https://www.datenschutz-mv.de/presse/2017/sn-bdsg-e.pdf>) und führte zu einem negativen Presseecho (<https://www.heise.de/newsticker/meldung/Neues-Datenschutzgesetz-Bundesregierung-hebelt-Buergerrechte-und-Kontrollbefugnisse-aus-3614529.html>), (<http://www.zeit.de/digital/datenschutz/2017-02/gesetzentwurf-datenschutz-verordnung-kabinetts-beschlossen>).

2. Leitfäden zur DSGVO

Die Artikel 29 Gruppe (Zusammenschluss der europäischen Datenschutzaufsichtsbehörden) hat Ende letzter Woche mehrere konkretisierende Leitfäden nebst FAQ zur DSGVO veröffentlicht (http://ec.europa.eu/newsroom/just/item-detail.cfm?item_id=50083):

- Guidelines and FAQs on the right to Data Portability (WP 242),
- Guidelines and FAQs on Data Protection Officers (WP 243),
- Guidelines and FAQs on the Lead Supervisory Authority (WP244).

D. Sonstiges

1. Study on Big Data in Public Health, Telemedicine and Healthcare

Die Europäische Kommission hat einen Bericht zur Nutzung von Big Data für die Themenfelder Public Health, Telemedizin und Gesundheitswesen

(https://ec.europa.eu/health/sites/health/files/ehealth/docs/bigdata_report_en.pdf).

2. Implementierungsleitfaden ISMS nach ISO/DIN 27001:2013

Unter der Adresse [https://www.isaca.de/sites/pf7360fd2c1.dev.team-](https://www.isaca.de/sites/pf7360fd2c1.dev.team-wd.de/files/attachements/isaca_leitfaden_i_gesamt_web.pdf)

[wd.de/files/attachements/isaca_leitfaden_i_gesamt_web.pdf](https://www.isaca.de/sites/pf7360fd2c1.dev.team-wd.de/files/attachements/isaca_leitfaden_i_gesamt_web.pdf) ist ein Implementierungsleitfaden für ein ISMS nach DIN/ISO 27001:2013 downloadbar.

3. Datenschutz im digitalen Zeitalter

Jan Philipp Albrecht, MdEP, hat eine recht lesbare Broschüre „Datenschutz im digitalen Zeitalter“ veröffentlicht (https://www.janalbrecht.eu/fileadmin/material/Dokumente/20170113-jpa-datenschutz_digital-web-03.pdf).

4. Befragung zu Persönlichkeitsrechtsverletzungen

„Der Deutsche Bundestag hat die Bundesregierung in der EntschlieÙung vom 2. Juni 2016 auf der Grundlage von Bundestagsdrucksache 18/8645 aufgefordert, bis Ende des Jahres eine Erhebung durchzuführen und deren Ergebnisse vorzulegen. Dabei geht es um Art und Umfang von Persönlichkeitsrechtsverletzungen und von Verletzungen des Rechts am eingerichteten und ausgeübten Gewerbebetrieb der letzten zwei Jahre durch Inhalte unterhalb der Strafbarkeitsschwelle auf Plattformen im Internet,“ so der Bericht der Bundesregierung vom 16.12.2016 (<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/18/106/1810601.pdf>).

5. Mindestkriterien bei Online-Umfragen

Der Hessische Datenschutzbeauftragte hat eine gut strukturierte Anleitung zur Realisierung von Online-Umfragen auf seine Seite gestellt (<https://www.datenschutz.hessen.de/ft-hochschulen.htm#entry4811>).

6. Videoüberwachung in Krankenhäusern auf dem Prüfstand

Der bayerische Landesdatenschutzbeauftragte hat in seinem Bericht von 2016 die Praxis der Videoüberwachung in Krankenhäusern kritisch ins Visier genommen (<https://www.datenschutz-bayern.de/tbs/tb27/k2.html#2.1.8>).

7. Big Data Studie „Kommerzielle digitale Überwachung im Alltag“

Die neue Wiener Studie „Kommerzielle digitale Überwachung im Alltag“

(crackedlabs.org/dl/Studie_Digitale_Ueberwachung.pdf) befasst sich mit der digitalen Überwachung im Alltag (Big Data, Privatsphäre, Tracking etc.)

8. Lage der IT-Sicherheit in Deutschland

Das BSI hat für das Jahr 2016 einen Lagebericht zur IT-Sicherheit in Deutschland veröffentlicht

(<https://www.bsi.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/BSI/Publikationen/Lageberichte/Lagebericht2016.html>).

9. Leitfaden zum EU-US-DATENSCHUTZSCHILD

Die Artikel-29-Gruppe hat einen Leitfaden erstellt, der die aktuell zu erfüllenden Bedingungen beschreibt, wenn ein Datenaustausch mit den U.S.A. stattfinden soll (http://ec.europa.eu/justice/data-protection/files/eu-us_privacy_shield_guide_de.pdf). Die Thematik wurde auch in der Schweiz aufgenommen und ein vergleichbares Abkommen geschlossen (<https://www.edoeb.admin.ch/datenschutz/00626/00753/00970/01320/index.html?lang=de>).

10. Übermittlung personenbezogener Daten – Inland, EU-Länder, Drittländer

Der Branchenverband BITKOM hat ein neues Handout zur Datenübermittlung personenbezogener Daten erstellt (<https://www.bitkom.org/Bitkom/Publikationen/Uebermittlung-personenbezogener-Daten-Inland-EU-Laender-Drittlaender-2.html>). Insbesondere für Datenübermittlungen in die U. S. A. ergaben sich durch die Einführung des US-EU-Privacy-Shield Änderungen.

11. Deutsche Rentenversicherung – Empfehlungen für den Datenschutz

Die Deutsche Rentenversicherung hat ihre Empfehlungen für den Datenschutz aktualisiert (http://www.deutsche-rentenversicherung.de/Allgemein/de/Navigation/2_Rente_Reha/02_Rehabilitation/05_fachinformationen/infos_fuer_rehaeinrichtungen/05_infos_rehateam/datenschutz_node.html).

12. Verbot der Kinderpuppe „Cayla“

Die Bundesnetzagentur hat ein Verbot der interaktiven Kinderpuppe „Cayla“ ausgesprochen (https://www.bundesnetzagentur.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2017/14012017_cayla.html?nn=265778). Die funktionsfähige Puppe kann Bild- und Tonaufnahmen erstellen und übermitteln.

13. KEINE Kinderfotos im Netz posten!

Die Polizei und Datenschützer warnen zum wiederholten Male Eltern davor, völlig unbekümmert Bilder ihrer Kinder in sozialen Netzwerken zu posten. Nackt oder nur leicht bekleidete Kinder locken unerwünschte Besucher (Pädophile) an. Doch auch die Kinder können es später gar nicht so lustig finden Bilder von sich im Netz zu finden, die sie als peinlich empfinden (<https://www.heise.de/foto/meldung/Polizei-Keine-Kinderfotos-auf-Facebook-posten-2849133.html>).

14. Vertrauliche Daten auf dem eigenen Rechner schützen

Die meisten Menschen haben auch vertrauliche Daten auf ihrem Rechner. Verschlüsseln ist dabei das Mittel der Wahl. Wesentliche Aspekte dazu finden sich hier: <http://www.com-magazin.de/news/sicherheit/datenschutz-faengt-am-eigenen-rechner-an-1185624.html>.

15. Wire – die Skype-Alternative

Mit Wire gibt es ein Produkt für werbefreie und verschlüsselte (Video-)Kommunikation. Die Finanzierung erfolgt durch eine Version, die sich gewerbliche Nutzer richtet.

Keine Haftung für Vollständigkeit und Richtigkeit der Inhalte! Abmeldung des Newsletters jederzeit durch eine Rückmeldung per Email, Post oder Telefon.